

Neues Deutschland

01.02.2008 / Titel / Seite 1

Berliner fordern ihr Wasser zurück

Bündnis erklimmte erste Stufe für Volksentscheid / Über 35 000 Unterschriften gesammelt

Von Martin Kröger

Mehr als 35 000 Unterschriften hat in Berlin ein Bürgerbündnis für das Volksbegehren »Schluss mit Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück« gesammelt. Heute sollen die Unterschriftenlisten dem Landeswahlleiter übergeben werden.

Der erste Schritt ist vollbracht. »Wir haben über 35 000 Unterschriften für unser Volksbegehren beisammen«, freut sich Thomas Rudek vom Berliner Wassertisch. Gemeinsam mit der Grünen Liga Berlin und dem Berliner Bündnis gegen Privatisierungen hat der Wassertisch das Volksbegehren zur Offenlegung der Geheimverträge über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB) in der Hauptstadt initiiert. Der Landeswahlleiter muss nun überprüfen, ob die erforderliche Zahl von 20 000 gültigen Unterschriften für die erste Stufe des Volksbegehrens erreicht wurde – sollte dies der Fall sein, muss sich das Abgeordnetenhaus mit dem Thema Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge beschäftigen. Für die zweite Stufe eines Volksentscheids wären dann 170 000 Unterschriften nötig.

Doch bereits das Erreichen des ersten Schrittes wertet man bei den Bürgerinitiativen als »großen Erfolg«, da man dem Ziel, die Teilprivatisierungsverträge der Wasserbetriebe von 1999 offen zu legen, deutlich näher gekommen sei. »Geheimhaltung hat im Bereich Wasser nichts zu suchen«, meint Rudek. Dies habe die überwältigende Beteiligung der Bürger gezeigt, die nicht zuletzt über die letzte Erhöhung der Wasserpreise empört gewesen seien.

Die 1999 als Segen für die Bürger vom CDU/SPD-Senat in Aussicht gestellte Teilprivatisierung entpuppte sich in den folgenden Jahren zunehmend als Schimäre. »Die Tarifikalkulationen der Berliner Wasserbetriebe sind intransparent«, moniert denn auch der Pressesprecher des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), David Eberhart, gegenüber ND.

Dies liege nicht zuletzt an den nicht öffentlichen Geheimverträgen über die Teilprivatisierung. In einer Studie über die Wasserpreise der zehn größten Städte Deutschlands, die der BBU in Auftrag gegeben hat, schneidet die Hauptstadt äußerst schlecht ab. Während in Berlin pro Kubikmeter Trink- und Schmutzwasser am Stichtag 1. Januar 2007 genau 5,09 Euro fällig waren, musste man in Köln lediglich 3,15 Euro berappen – rund 40 Prozent weniger.

Kein Wunder, dass auch die Linkspartei das Engagement unterstützt, die damalige Teilprivatisierung erneut zu thematisieren und die Tarifikalkulationen offenzulegen. Auch eine Rekommunalisierung der Anteile der privaten Investoren RWE und Veolia Wasser hält die LINKE für möglich, erklärt deren wirtschaftspolitischer Sprecher in Berlin, Stefan Liebich. Einziger Haken: »Die Privaten wollen diese sprudelnde Geldquelle nicht aus der Hand geben.«

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/123300.html>